Nr. 77 B 38 Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 15. Februar 1927 V

# Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

# Deutsch-polnische Verhandlungen abgebrochen

## Ablehnung des deutschen Vorschlages

**Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat heute vormittag 12 Uhr im Auswärtigen Amt eine Antwortnote überreicht, die eine Ablehnung des deutschen Vorschlages enthält, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zu unterbrechen und zunächst in eine Erörterung der Frage des Niederlassungsrechtes einzutreten. Die polnische Note kündigt die Abreise der polnischen Delegation an und damit den endgültigen Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen.**

Die Note, die an Staatssekretär Dr. Lewald gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

Herr Bevollmächtigter!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 12. Februar 1927 zu bestätigen und gleichzeitig Ihnen mitzuteilen, daß die polnische Regierung den Beschluß der Reichsregierung betreffend die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen zur Kenntnis genommen hat.

Da die mir durch Sie, Herr Bevollmächtigter, mitgeteilten Gründe für den Beschluß der deutschen Regierung über den Bereich der Handelsvertragsverhandlungen hinausgehen, erachte ich es als für mich unmöglich, in Erörterungen bezüglich dieser Frage einzutreten. **Ich sehe mich jedoch veranlaßt, festzustellen, daß nach Auffassung meiner Regierung die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen keineswegs geboten war, vielmehr nach der Ueberzeugung der polnischen Regierung die wirtschaftliche Verständigung zwischen den beider Ländern nur erschweren und verzögern kann.**

Bei dieser Gelegenheit sehe ich mich weiter veranlaßt, festzustellen, daß die polnische Regierung durch die deutscherseits im letzten Augenblick erfolgte einseitige Absage der Kommissionsarbeiten peinlich überrascht worden ist.

In Anbetracht des erwähnten Beschlusses der deutschen Regierung habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Bevollmächtigter, mitzuteilen, daß gemäß den von meiner Regierung erhaltenen Instruktionen die polnische Delegation für die polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, Berlin verläßt, ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, daß die deutsche Regierung künftighin nicht gewillt sein wird, durch ihre Stellungnahme den Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen zu beeinträchtigen.

Genehmigen Sie, Herr Bevollmächtigter, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

(gez.) Pradzynski.

*

**Die polnische Handelsdelegation Berlin ist um 2 Uhr offiziell aufgelöst worden. Sie verläßt zum Teil heute, zum Teil morgen Berlin.**

## Coolidges Abrüstungswille ...

Von

**E. A. Bratter**

Frankreich wird also den Abrüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge ablehnen. Es gehörte kein sonderlich entwickelter politischer Scharfsinn dazu, diese Ablehnung vorauszusehen. Und es ist beileibe keine „Verdächtigung" (im Sinne gewisser liebedienerischer amerikanischer Publizisten) des Präsidenten Coolidge, wenn man die Vermutung — nein: die Ueberzeugung ausspricht, daß Coolidge diese unausweichliche Haltung Frankreichs ebenfalls vorausgesehen und sie in seinen Abrüstungs-Voranschlag mit einkalkuliert hat.

Die Lage, wie sie sich nach der feierlich vorgetragenen Abrüstungsbotschaft des Präsidenten und der Nachricht von der Haltung Frankreichs jetzt darstellt, ist ungefähr die:

„Ich habe der Welt eine Heilsbotschaft verkündet. Ich habe den ehrlichen Willen gehabt, die Welt auf den Weg der Befriedung zu führen. Es ist nicht meine Schuld, sondern die Schuld böswilliger Faktoren, wenn meine große Idee, mein ehrlicher Wille vereitelt werden."

Ehrlicher Wille? Oder aber ein Manöver auf den Stimmenfang berechnet?

Den letzten äußeren Anstoß zu dieser Botschaft hat unzweifelhaft die Rede des hochangesehenen Dr. Nicholas Murray Butler, des Präsidenten der New-Yorker Columbia-Universität, gegeben, über die die „Vossische Zeitung" vor einigen Tagen berichtet hat. Professor Butler sagte im wesentlichen: da das amerikanische Volk sich seit einiger Zeit mit der Frage beschäftigte, ob Präsident Coolidge bei den Wahlen vom November 1928 nochmals als Kandidat auftreten werde, so glaube er, sagen zu können, daß Coolidge eine solche Absicht nicht hege. Butler betonte ausdrücklich, daß er zwar kurz vorher eine Unterredung mit dem Präsidenten gehabt habe, daß die von ihm ausgesprochene Meinung aber nicht vom Präsidenten herrühre, sondern lediglich Ausdruck seiner eigenen Anschauung sei. Coolidge, so fuhr Butler fort, habe eine viel zu große Achtung vor der im amerikanischen Volke festwurzelnden Tradition, der zufolge kein Präsident drei Amtstermine nacheinander regieren dürfe, um sich nicht vor dieser zum Volkswillen gewordenen Tradition zu beugen.

Diese Bemerkungen des Professors Butler haben in Amerika gewaltiges Aufsehen hervorgerufen — ein so großes, daß, wie die Londoner „Times" sich aus New York berichten lassen, im Vergleich damit selbst die amerikanische Politik in China und Südamerika völlig in den Hintergrund getreten sei. Denn die Bemerkungen dieses hervorragenden Mannes bestätigen nur, was eine Anzahl anderer leitender Politiker schon vor ihm gesagt haben. Die Kommentare selbst eines Teiles der republikanischen Blätter (von der oppositionellen Presse gar nicht zu reden) lauten denn auch sarkastisch genug, wenn man den Kabelberichten führender Londoner Zeitungen glauben darf. Sie lassen sich etwa in die wenig höfliche Frage des Hausherrn zusammenfassen, der seinem Gast zu später Abendstunde unvermutet dessen Hut in die Hand drückt mit den Worten: „Hier haben Sie Ihren Hut. Wie, Sie wollen schon gehen?"

Die Tatsachen, denen diese Blätter, Politiker und zuletzt Professor Butler in mehr oder minder höfliche Redensarten gekleidet haben, sind folgende:

Bei den „workers, das heißt bei den politischen Handlangern und selbst Parteiführern, deren Beruf es ist, dem Präsidenten Stimmen zuzuführen (Stimmen „abliefern" lautet der drastisch amerikanische Ausdruck), ist Coolidge schon seit geraumer Zeit in hohem Grade unbeliebt. Er ist in ihren Augen ein kalter, allzu berechnender und undankbarer Chef. Auch finden sie, daß der vielgerühmte „Coolidge-Mythos" längst verblichen sei. Die Zuneigung und die Achtung, die man dem Puritanismus, der Schweigsamkeit und zurückhaltenden Klugheit des Präsidenten gezollt habe, sei längst dahin. Denn man habe durchschaut, daß diese Schweigsamkeit und Zurückhaltung lediglich ein Kunstmittel sei, um die Armut an eigenen Ideen und den Mangel jener Gefühlswärme zu verdecken, ohne die ein Präsident keine magnetischen Eigenschaften auf die Wählerschaft ausüben könne.

Die verminderte Autorität des Präsidenten in seinen eigenen Reihen ist schon seit geraumer Zeit hervorgetreten. So z. B. hat Mark Sullivan, einer der ältesten und vielleicht der bekannteste politische Publizist Amerikas, schon am 1. August 1926 im „New York Herald" einen ausführlichen Artikel veröffentlicht, der die Ueberschrift trug „Man hat 1928 für Coolidge keine Verwendung." Sullivan sagte schon damals, allerdings in seiner sanft umschreibenden Weise, es sei „die Tendenz vieler Parteiführer, dahin zu wir-

# Tschens neue Absage an England

## Was will Kanton?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **London**, 15. Februar

Gestern in später Abendstunde wurde bekannt, daß die **Verhandlungen über die Hankau-Konzession** zwischen dem Außenminister der Kanton-Regierung, Tschen, und dem englischen Geschäftsträger O'Malley erneut abgebrochen wurden. Die Nachricht hat, wie die heutige Morgenpresse betont, in den offiziellen Kreisen Ueberraschung hevorgerufen, da die bisher aus Hankau eingetroffenen Telegramme von der Wahrscheinlichkeit der Unterzeichnung des Abkommens innerhalb weniger Stunden sprachen. Wie die „Morning Post" betont, sei der Zusammenbruch auf den Druck der Kanton-Extremisten zurückzuführen. Die „Times" werfen in einem Leitartikel erneut die Frage auf, mit wem die englische Regierung in Wirklichkeit eigentlich verhandle und warum Tschen beinahe ein Abkommen schließe und dann wieder die Verhandlungen plötzlich abbreche. Die Kanton-Regierung sei revolutionär und daher in enger Fühlung mit der Regierung, die die Weltrevolution zum Ziele habe. Es sei zu bedauern, daß die Kanton-Führer sich durch bolschewistische Ratgeber beherrschen lassen. Die Chinafrage sei durch die innere englische Entwicklung, wie sie in der letzten Chinadebatte im Unterhaus hervorgetreten sei, sehr kompliziert. Dies sei umsomehr ein Grund für die Regierung, an ihrer erklärten Politik fest, vertrauensvoll und geduldig festzuhalten.

## Japan verhandelt mit England

Chinaerklärung des japanischen Außenministers

**Tokio**, 15. Februar (W. T. B.)

Im Oberhaus erklärte der Minister des Auswärtigen Schidehara, die von Japan befolgte Politik der Nichteinmischung in die chinesischen Angelegenheiten bedeute nicht, daß Japan seine Interessen in China vernachlässige. Wenn von chinesischer Seite versucht werden sollte, die Ausländerkonzessionen mit bewaffneter Hand wieder in ihren Besitz zu bringen, so würde Japan genötigt sein, die Lage wieder herzustellen.

Zwischen den Mächten, fuhr der Minister fort, besteht eine moralische, jedoch nicht materielle Zusammenarbeit, Großbritannien zeigt Vertrauen zu Japan. Es handelt sich um die an China gerichteten Memoranden.

Die Klugheit gebiete jedoch über das Thema und die Art der zwischen Vertretern Japans und Englands geführten Verhandlungen Stillschweigen zu bewahren.

## Tschang Tso Lins Entlastungs-Offensive

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

E. v. S. **Peking**, 14. Februar

Die **Kanton-Armee** erzwang durch den Druck auf Hangtschau und **Schanghai** die konzentrisch angelegte Entlastungsoffensive Tschang Tso Lins gegen die Linie Kiukiang—Hankau. Wu Pei Fus Armee und die Selbstschutzvereinigung „Roter Speer" in Honan bilden zurzeit einen zweifelhaften Puffer. Trotzdem erhalten sich ständig Gerüchte von einem friedlichen Ausgleich zwischen Nord und Süd in Verbindung mit zahlreichen Aeußerungen des Stabschefs Marschall Tschang Tso Lins in Mukden, Yang Yu Ting.

## Der Kampf um das Gewerkschaftsgesetz

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **London**, 15. Februar

Der von der Arbeiterpartei eingebrachte Zusatzantrag bezüglich des Gewerkschaftsgesetzes wurde gestern nacht im Unterhause mit 313 gegen 135 Stimmen abgelehnt und daraufhin die Adreßdebatte geschlossen. Vier liberale Abgeordnete stimmten mit der Arbeiterpartei, während Sir John Simon und ein anderer Liberaler sich der Stimme enthielten und Lloyd George abwesend war.

In der vorangegangenen Debatte forderte der konservative Abgeordnete Duff Cooper die Regierung auf, nichts zu unterlassen, um das Gewerkschaftsgesetz zur Durchführung zu bringen, selbst wenn sie dadurch an Popularität verlieren sollte.

## Angelica Balabanowa †

Wie aus Leningrad gemeldet wird, ist eine der bekanntesten Revolutionärinnen, Angelica Balabanowa, im 84. Lebensjahr gestorben. Sie hat 1871 in Paris an dem Aufstand der Kommune teilgenommen. Von früher Jugend an reiste sie als sozialistische Agitatorin, in Rußland, Oesterreich, England und Italien, wo sie sich viele Jahre lang unter den Landarbeitern betätigte.

0171